

DIE LINKE.

im Erzgebirgskreis

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

September 2022

Nummer 174

Übergewinnsteuer statt Gasumlage!



Russische Botschaft in Tallin mit Demo-Plakaten

Der Krieg in der Ukraine und insbesondere dessen Auswirkungen sorgen weiter für teilweise heftige politische Debatten in Deutschland, aber auch in Sachsen. So hat die Bundesregierung wegen der gestiegenen Preise insbesondere im Energiesektor und für Lebensmittel sogenannte Entlastungspakete beschlossen. Allerdings wurden ganze Bevölkerungsgruppen wie Rentnerinnen und Rentner oder Studierende gleich vergessen oder bewusst außen vorgelassen. Manche Maßnahmen haben sich als Flop herausgestellt, wie der Tankrabatt. Das Gefühl trügt nicht, dass insbesondere die großen Ölkonzerne sich noch mal so richtig die Taschen gefüllt haben und sie weiterhin füllen werden, wenn der Rabatt endet.

Seit ein paar Tagen ist nun klar und bekannt, dass neben dem schon gestiegenen Preis für die Wärmeversorgung insbesondere die Gaskunden eine weitere finanzielle Belastung erfahren: die Gasumlage, die alle Kunden bezahlen müssen, die mit Gas heizen müssen! Die Regierung erhöht nun also selbst die Energiepreise. Dabei verdienen die Energiekonzerne seit vielen Jahren viel Geld. Krieg und Krise lassen ihre Profite weiter sprudeln. Es ist ungerecht, mittels einer Umlage noch mehr Geld von unten nach

oben umzuverteilen. Wer garantiert eigentlich, dass es nicht am Ende auch benutzt wird, um Dividenden auszuschütten?

Im Übrigen: Als in der Finanz- und Bankenkrise auch große Kreditinstitute in finanzielle Schieflage geraten sind, hat die damalige Regierung auch nicht direkt die Sparerinnen und Sparer mit einer Umlage belastet, sondern sie hat mit Steuergeldern ausgeholfen. Jetzt schiebt Finanzminister Lindner die sogenannte Schuldenbremse vor und hält dringend benötigtes Geld zurück, auf unser aller Kosten. Absurd! Diese Bremse bremst nicht die Verschuldung, sondern vor allem Investitionen in unseren Wohlstand. Wir sollten sie lieber Wohlstandsbremse nennen.

Der Verzicht auf russisches Gas ist eine politische Entscheidung – egal, welche Gründe im Einzelnen dafür sprechen und obwohl Russland natürlich seine Gaslieferungen in Reaktion auf Sanktionen als Druckmittel einsetzt. Deshalb muss der Staat die Kosten abfangen. Geld ist genug da, 100 Milliarden Euro für Aufrüstung waren schließlich auch schnell bei der Hand. Außerdem sollte auch Deutschland endlich die Kriegs- und Krisengewinne der Konzerne per Übergewinnsteuer abschöpfen. Auch hier argumentiert insbesondere der FDP-Finanzminister jedoch: geht nicht! Der Kanzler meint: Das steht nicht im Koalitionsvertrag (Ein vorgeschobenes Argument, denn die 100 Milliarden für Aufrüstung stehen auch nicht drin). Die Regierung kuscht vor den Konzernen und belastet per Gasumlage lieber diejenigen Menschen, die schon jetzt extrem unter der Preissteigerung leiden.

Es wäre gerecht, den Gaspreis für den Grundverbrauch zu deckeln. Der Preisdruck muss solidarisch bewältigt werden: Groß- und Luxusverbrauch kann teurer werden, der Grundbedarf aber muss bezahlbar bleiben. Strom- und Gassperren darf es nicht mehr geben. Das ist eine klare Position der LINKEN.

Wir werden in den nächsten Wochen sicherlich nicht nur im Kreistag, in den Stadt- und Gemeinderäten und im Landtag über die Preissteigerung und deren Abfederung diskutieren und notwendige Anträge dazu stellen. Wir müssen auch versuchen, unsere Positionen auch als Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu gibt es in der Bundes- und der Landespartei schon Überlegungen, Angebote und Vorschläge. Wir werden uns dazu auch im Kreisvorstand verständigen. Möglich ist aber auch, dass sich Ortsverbände dazu entscheiden, Aktionen zu initiieren. Also einfach machen! Wir müssen und dürfen dazu keine gemeinsame Sache mit Antidemokraten oder Rechtsextremen machen. Eventuell gibt es auch vor Ort lokale demokratische Akteure, mit denen wir zusammenarbeiten können.

Rico Gebhardt

Kommse rin, könnse rauskieken! - Kleiner Bericht vom Bundestagsbesuch

"Berlin. Es lebt dort ein so verwegener Menschenschlag beisammen, dass man mit der Delikatesse nicht weit reicht, sondern dass man Haare auf den Zähnen haben und mitunter etwas grob sein muss, um sich über Wasser zu halten." schrieb einst Goethe. Am 18. und 19. August hatten wir die Möglichkeit, die Aktualität dieses Zitats zu überprüfen. Unserer Bundestagsabgeordnete Clara lud nach Berlin ein, um den Bundestag sowie ein paar politische Sehenswürdigkeiten unter die Lupe zu nehmen. So hat jeder Abgeordnete die Option über das Bundespresseamt, unter organisatorischer Mithilfe der Mitarbeiter der Abgeordneten, eine Fahrt in den Bundestag zu organisieren. Da Clara erst im Januar für Katja Kipping nachgerückte, waren wir dementsprechend später an der Reihe und mussten die „übriggebliebenen“ Programmpunkte nehmen, wie sie uns vorgeschlagen wurden. Was der Qualität der einzelnen Stationen unseres Aufenthalts keinen Abbruch tat. Da unser Wahlkreis eine nicht unerhebliche räumliche Distanz zu Berlin vorweist, war eine Übernachtung für uns vorgesehen.

So starteten wir am Morgen um 6 Uhr am Bahnhofsvorplatz in Aue. Der morgendlichen Stunde war wohl auch geschuldet, dass ein kleiner Teil der Mitfahrerinnen und Mitfahrer von außerhalb sich in der Lokalität irrten. Nach kleiner Koordination - zum Glück sind die Wege in Aue nicht so ausufernd wie in Berlin - konnten wir gutgelaunt starten.

Mit einem Zwischenstopp am Dresdner Flughafen, wo wir weitere Mitreisende aus der Landeshauptstadt aufsammelten, ging es direkt an des Paul-Löbe-Haus des Bundestags. Nach einem Sicherheitscheck trafen wir auch direkt auf Clara, die uns einen ausführlicheren Blick in den Ablauf einer durchschnittlichen Sitzungswoche gewährte. Dabei wurde klar, hierbei handelt es sich um ein Arbeitsparlament. Die Plenarsitzungen sind zwar sehr medienwirksam, doch nur ein kleiner Teil der wirklichen parlamentarischen Arbeit. Das wirkliche Herz unserer parlamentarischen Demokratie schlägt in den Ausschüssen und Unterausschüssen sowie den Fraktionssitzungen. Und diese füllen den Tag von Clara, als Obfrau im Rechtsausschuss, Ordentliches Mitglied im Unterausschuss Europarecht und Mitglied im Ausschuss Inneres und Heimat, erheblich. So haben sie und ihr Team seit Januar schon 31 Kleine Anfragen (als Kleine Anfrage bezeichnet man eine auf wenige Punkte begrenzte Fragestellung eines Parlamentarierers an die Regierung) gestellt und 11 Reden gehalten. Des Weiteren fanden 3 Befragungen der Bundesregierung statt. Man konnte im Gespräch mit Clara erahnen welchen Umfang an Arbeit hinter diesen platten Zahlen steckt.



Trotz des vollen Terminkalenders nahm sie sich die Zeit, uns durch den Bundestag bis auf das Dach des Gebäudes und zum anschließenden Mittagessen zu begleiten. Dabei hatten wir die Gelegenheit, vollkommen ungezwungen mit Clara ins Gespräch zu kommen, bevor wir unseren Termin in der Bundeszentrale für politische Bildung wahrnahmen.

Dort erwartete uns ein informativer Vortrag über unser politisches System in der Bundesrepublik. In einer anschließenden erstaunlich ausgewogenen Diskussion mit dem Referenten war es möglich, verschiedene kontroverse Ideen und Standpunkte zu erörtern und darzulegen. Im Nachgang warf der ein oder andere angesprochene Punkt bei vereinzelt Beteiligten Fragen auf, die noch im Bus bei vorbeifahrenden Sehenswürdigkeiten der Stadt diskutiert wurden. Der Auftrag der politischen Bildung wurde in unserem Fall erfüllt.

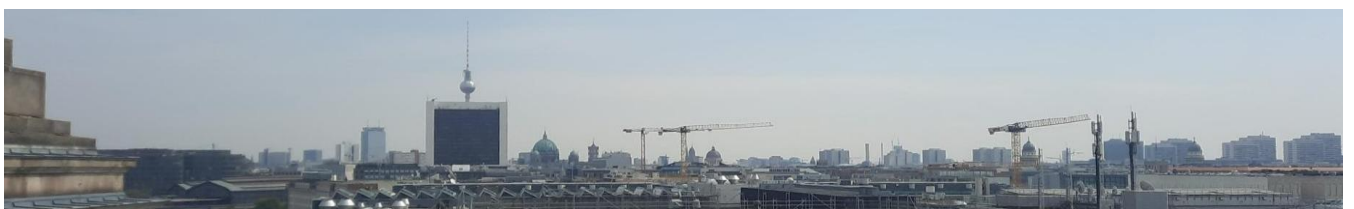
Danach beschlossen wir im Hotel unseren langen Tag. Manch einer nutzte die Abendstunde, um auf eigene Faust Berlin von seiner nächtlichen Seite zu erleben. Ob zu Fuß oder per (gut ausgebauten) ÖPNV war nun jedem selbst überlassen.

Am nächsten Tag erwartet uns das Militärhistorische Museum in Berlin-Gatow. Den geschichtlich Bewanderten unter uns war der Name ein Begriff. Während der Berlin-Blockade spielte dieser Flugplatz eine wichtige Rolle bei der Versorgung von West-Berlin. Auch wenn es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu scheinen ist, dass wir als Linken einen so militarisierten Ort besuchen, es ist aus meiner Sicht wichtig das zu verstehen, was wir in Zukunft überwinden möchten. „Es ist eine alte Wahrheit, dass man in der Politik oft vom Feinde lernen muss.“

Auf unserem danach angetretenen Heimweg, machten wir noch einen Stopp im Holländischen Viertel in Potsdam. In dieser architektonisch besonderen Gegend diesen schönen Ausflug zu beenden, war noch das kleine Extra, dass die zwei Tage gebührend abrundete.

Ob das als Einleitung dienende Zitat noch seine Berechtigung hat, mag ich auch nach unserem Besuch nicht beurteilen. Ich kann nur sagen, mir hat es gefallen.

Frank Dittrich



Aus dem Kreistag

Unser Fraktionsmitglied Andreas Rössel hat nachfolgendes Thema angestoßen, da in der laufenden Debatte zum Landshaushalt hier neue Belastungen zu befürchten sind:

Der Technische Ausschuss möge vorberaten und der Kreistag möge beschließen:

Landrat Rico Anton wird beauftragt sich mit nachfolgendem Anliegen sowohl an die Staatsregierung als auch die Mitglieder des Sächsischen Landtages zu wenden.

Bei der geplanten Änderung des Sächsischen Wassergesetzes muss es zwei weitere Ausnahmetatbestände für die Nichterhebung einer Wasserentnahmeabgabe geben:

- Nutzung / Entnahme von Heilwasser zur Betreibung von Kurbädern
- Nutzung anfallenden Grubenwassers in Besucherbergwerken.

Begründung: Im Erzgebirgskreis gibt es mit dem Radonheilbad Bad Schlema, dem Thermalbad Wiesenbad und Warmbad Wolkenstein drei Kurbäder, die bei einer Neufassung der Wasserentnahmegebühren direkt betroffen wären.

Weiterhin gibt es im Kreisgebiet eine Mehrzahl an Besucherbergwerken die größtenteils durch ehrenamtliche Vereine betrieben werden. Auch wenn aktuell für die Besucherbergwerke keine Wassernutzungsgebühr erhoben wird, besteht grundsätzlich die Möglichkeit diese abzuverlangen.

Eine Wasserentnahmegebühr wäre in beiden Fällen für die Einrichtung existenzbedrohlich, weil dies die Kosten in eine nicht zu finanzierende Höhe treibt. Dies würde Kurbäder und auch Besucherbergwerke im Kreisgebiet vor unlösbare Probleme stellen. Die Einrichtungen stehen aktuell bereits vor großen finanziellen Hausforderungen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der aktuellen Energiepreisentwicklungen. Eine weitere Belastung würde unweigerlich zu Schließungen von Einrichtungen führen. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

Die Kurbäder sind für die Kommunen und auch den Landkreis nicht nur Wirtschaftsunternehmen sondern auch soziale, kulturelle, touristische und nicht ausschließlich medizinische Einrichtungen.

Besucherbergwerke sind für unseren Landkreis, der das Erzgebirge im Namen trägt, eines der Aushängeschilder, insbesondere spielen sie angesichts des sich gerade entwickelnden Welterbes „Montanregion Erzgebirge/ Krušnohoří“ eine wichtige Rolle. Gerade die Besucherbergwerke brauchen Unterstützung, da diese oftmals durch ehrenamtliche gemeinnützige Vereine betrieben werden, die keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgen, aber unserer Region ein Alleinstellungsmerkmal verleihen, was sich auch in der Verleihung des Welterbetitels ausdrückt. Der Schutz, die Pflege und der Erhalt der Welterbebestandteile sind Voraussetzung, um diesen Titel dauerhaft tragen zu dürfen. Dies darf nicht durch die Novellierung eines Gesetzes gefährdet werden.

Ein Besuch in Terezin / Theresienstadt

Am 24. August war es wieder einmal soweit. Wir, der Freundeskreis um Frank Schubert und Peter Kotschik, trafen uns zu einer gemeinsamen Autofahrt. Dieses Mal war unser Ziel die alte Garnisonsstadt Terezin / Theresienstadt. Einige von uns haben diese Stadt noch nie besucht. Die gesamte Stadt ist umgeben von dicken Festungswänden. Schließlich wurde sie ja als Bollwerk gegen die Preußen von der Habsburger Monarchie angelegt.

Traurige „Berühmtheit“ erfuhr diese kleine Stadt mit ca. 3500 Einwohnern (1941) durch die Umwandlung der gesamten Stadt in ein KZ der deutschen Faschisten. Zu diesem Zweck wurden alle Tschechischen Einwohner aus der Stadt vertrieben. Die Nazis deportierten aus allen besetzten Gebieten und aus Deutschland vorrangig Juden nach Theresienstadt.

Die Höchstzahl an Lagerhäftlinge wurde im September 1942 mit 58.500 erreicht. Erst nach der Befreiung der CSR kehrten die Bewohner wieder zurück.

Wir besuchten zwei Gedenkstätten: das Ghetto – Museum und die Kleine Festung mit dem angrenzenden National- und jüdischen Friedhof.

Ghetto-Museum

Das Ghetto-Museum befindet sich in der ehemaligen Schule der Stadt. Während der deutschen Besatzung diente das Gebäude als Knabenheim. In den Ausstellungsräumen finden wir Bilder von den Kindern. Viele von ihnen waren zwischen 10 und 15 Jahre alt. Nur einen sehr kleinen Teil dieser Kinder war es vergönnt, zu überleben. Die meisten von ihnen gingen auf Todestransport in die Vernichtungslager, Auschwitz, Treblinka, Maidanek und Bergen-Belsen. Die Ausstellungen erstrecken sich über zwei Etagen und dokumentieren das Leben der Häftlinge im Lager. Außerdem wird die Rolle von Theresienstadt im nazistischen System der Endlösung der Judenfrage aufgezeigt. Man sieht Dokumente, die penibel aufzeigen, wann wohin wie viele Menschen „verschickt“ wurden. Das KZ Theresienstadt diene der faschistischen Führung als Aushängeschild gegenüber dem Internationalen Roten Kreuz, dem Schweizer und dem Schwedischen Roten Kreuz nach dem Motto: Seht, so schlecht geht es den Gefangenen nicht“! Eine Infamie ersten Ranges.

Die Kleine Festung

Die Kleine Festung befindet sich nördlich der Ohre / Eger. In dieser Gedenkstätte blieben zahlreiche Einrichtungen aus der des KZ erhalten und wir konnten sie besichtigen. Unter anderem sahen wir den Verwaltungshof mit Geschäftszimmern, die Wachstube der SS, das Büro des Gefängnisvorstehers und die Kleiderkammer. Ein Tor mit der Inschrift Arbeit macht frei verbindet den Verwaltungshof mit Hof I. Dieser ist in die Blöcke A und B unterteilt. Jeweils 17 Gemeinschafts- und 20 Einzelzellen befinden in jedem Block.. Ein Hinrichtungsplatz mit Galgen liegt vor der Festungsmauer, ebenfalls die Massengräber. Seit 1943 wurden in der Kleinen Festung insgesamt etwa 250 Personen hingerichtet, auch ohne Gerichtsbeschluss. Die letzte Hinrichtung fand am 2. Mai 1945 statt, als 52 Personen hingerichtet wurden. Am 5. Mai 1945 flüchtete die SS aus Theresienstadt. Drei Tage später befreite die Sowjetarmee die Gefangenen. Mehr als 140.000 Häftlinge hatten im Theresienstädter Lager gelebt. 38.000 von ihnen starben dort.

Nationalfriedhof und jüdischer Friedhof

Vor den Toren der Kleinen Festung entstand im September 1945 der Nationalfriedhof, auf dem die sterblichen Überreste von etwa 10.000 Verstorbenen liegen. Ab September 1945 bis 1958 wurden hierher exhumierte Opfer des KZ-Theresienstadt überführt und beigesetzt. 3000 namentlich bezeichnete Einzelgräber und eine Reihe von Massengräbern mit weiteren etwa 7000 Leichen werden von einem großen Holzkreuz überragt. Schon 1945 war ein großes Holzkreuz auf dem Nationalfriedhof errichtet worden, das in den 1950 er Jahren einem Sturm zu Opfer fiel. Aufgrund einer Initiative des Bischofs von Litomerice wurde Mitte der 1990 -er Jahre wieder ein großes zentrales Holzkreuz aufgestellt.

Mitte der 1990 -er Jahre wurde auch ein kleiner Davidstern als Verehrung der dort beerdigten jüdischen Opfer aufgestellt. Etwa 3000 überwiegend jüdische Menschen wurden beigesetzt, die nach der Befreiung an den Folgen von Mangelernährung, schlechter Lager- und Hygieneverhältnissen und einer Flecktyphusepidemie gestorben sind. Die Todesdaten sind mit einem vorgestellten Kreuz auf den Grabsteinen gemeißelt. Zwischen den Grabplatten sind Rosensträucher gepflanzt worden und auf den Grabsteinen liegen kleine Steine und Kiesel.

Peter Kotschik OV „Am Greifenstein“



Vor dem Ghetto-Museum

Gedankensplitter

Dieser Tage erhielt ich, wie andere Genossinnen und Genossen in meiner Altersgruppe eine Einladung zur Landes-seniorinnen- und Seniorenkonferenz in Dresden.

Ich freue mich sehr darauf und habe meine Teilnahme zugesichert. Auf dieser Konferenz wird auch der neue Landessprecherrat der Seniorinnen und Senioren gewählt. Ich werde für diesen Landessprecherrat kandidieren. Diese Konferenz ist für uns ältere Genossinnen und Genossen eine Möglichkeit, Anliegen der Partei aus unserer Sicht anzusprechen und auch an Lösungsvorschlägen für auftretende Probleme in der Parteiarbeit zu offerieren. Gerade wir älteren Parteimitglieder und -Innen haben durch eine lange Mitgliedschaft Erfahrungen gesammelt, die wir weitergeben können und die die jungen Mitglieder und -Innen in ihrer Parteiarbeit ruhig beherzigen sollten. Es ist be-täubend, feststellen zu müssen, dass sich auf Bundesebene unserer Partei diese Erkenntnis nicht durchgesetzt hat. Wie sonst soll man sich den Umgang mit unserem Ältestenrat erklären? Warum wohl gibt es noch bei vielen Natur-völkern einen Ältestenrat. Ein weiser Rat der Älteren und die Ungestümtheit der Jugend in richtiges Verhältnis gesetzt kann doch die Arbeit nur beflügeln.

Zwei Meldungen gingen in den letzten zwei Wochen durch Presse und Funk, welche meine Aufmerksamkeit be-sonders weckten.

China führte als Antwort auf den Besuch von US-amerikanischen Politikern Manöver um die Insel Taiwan durch. Man kann sich darüber streiten, ob das angemessen war. Aus meiner Sicht schon, denn es gilt immer noch das Ein-Staaten Prinzip der UN. Was mich aber in helle Empörung versetzte, war die Tatsache, dass auch Mitglieder des Deutschen Bundestages mit einer Abordnung nach Taiwan fahren wollen (wollten). Ich will doch stark annehmen, dass sich aus der Fraktion der LINKEN kein MdB findet, der / die mitfährt und diesen den Sicherheitsinteressen Chinas und den Wirtschaftsinteressen der BRD widersprechend, unterstützt.

Wenige Tage später hört und liest man von gemeinsamen Manövern der NATO, Australiens, Japans und Südkorea in der Südsee. Geht's noch? Was hat die NATO in der Südsee verloren resp. Zu suchen? Wie dann aus Kommenta-ren zu hören war, geht es u.a. um Sicherheitsinteressen und Handelsinteressen dieser Staaten. Man müsse u.a. See-wege für den maritimen Handel absichern. Das diese durchsichtigen Manöver China und einigen anderen Südost-asiatischen Staaten nicht gefallen, ist nicht von der Hand zu weisen. Man stelle sich doch einmal vor, China, Russ-land und einige andere Staaten würden solcher Art Manöver vor der Haustür der NATO durchführen. Das Geschrei wäre nicht auszuhalten. Aber wie sagte doch Egon Bahr vor Schülern eines Gymnasiums: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie und Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten“. Wie wahr. Dabei müssen im Interesse der Friedenserhaltung auch die Interessen der Gegenseite berücksichtigt werden.

Noch einen Buchtipps möchte ich abgeben. Gegenwärtig lese ich das Buch (mehr eine Broschüre) Neoliberale Ge-hirnwäsche von Horst Poldrack. Schon das erste der drei Essays „Die Apokalypse der Zerstörung und die Offensive des neoliberalen Werte-Imperialismus zeigen in elf Thesen interessante Zusammenhänge unserer Politik auf. Es werden u.a. die unrühmliche Rolle der Think Tanks und verschiedener NGO in Russland, der Ukraine, aber auch in unserem Land und in der EU aufgedeckt. Annalena Baerbock, Rebecca Harms aber auch der letzte Außenminister der DDR, Markus Meckel, kommen da nicht gut weg. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Kultur-Imperialismus und der Gleichschaltung der Medien. Die Machtzentrale dieses ideologischen „Vernichtungs-feldzuges“ ist in den USA, ihre Handlanger sind auf der ganzen Welt unterwegs. In Europa und in Deutschland werden sie von einer breiten Allianz von Grünen, FDP, Teilen der SPD und der CDU und der postmodernen Linken gebildet. Bestellungen bei: LKG m.b.H. An der Südspitze 1-12 in 04571 Rötha zum Preis von 15 € + Porto.

Herbert Schönherr

Wenn nicht , dann ...einige ganz persönliche Gedanken

Wenn nicht, dann trete ich aus. Eine geflügelte Re-dewendung nicht nur bei uns in der Linken-Partei. Natürlich wird es immer einzelne Mitglieder geben, die für sich einen Schlussstrich ziehen, aber wir Lin-ken gehen gegenwärtig recht oft mit dem Gedanken des Austritts um.

Warum? Ist es unser pluralistischer Ansatz, der zu Missverständnissen führt? Ist es die Tatsache, dass

legitime, ja notwendige – im Sinne von Mitdenken - Meinungsäußerungen als Kritik in ihrem negativsten Sinne, den es gibt, zerredet werden und als persönli-cher Angriff abgewertet werden.

Sollten wir nicht einfach bemüht sein dem Partei-mitglied neben uns zuzuhören und uns fragen: Was können wir aus dessen Meinungsäußerungen Positi-ves ableiten?

Natürlich gehört es zur Normalität, dass nicht alle Menschen auch gern gemeinsam einen Kaffee oder ein Bier trinken möchten. Muss ja auch nicht sein. Ein gewisses Maß an Achtung und Aufgeschlossenheit kann aber erwartet werden. Und hier finde ich gehen wir zu tolerant um. Persönliche Abneigungen dürfen nicht zum Hemmnis in unserer Arbeit werden und gar öffentlich und/oder innerhalb der Partei zu Intoleranz führen.

Wer mich aus der Zusammenarbeit kennt, der weiß, dass ich mich auch kritisch positioniere. Es gibt ein geflügeltes Satz zu meiner Person: Die Barbara mit ihrer Kritik. Gemeint, die hat überall was auszusetzen. Ich verstehe mich aber anders: vorbereiten, mitdenken, Erfahrungen und Wissen einbringen, Standpunkt vertreten und mitgestalten sowie keine Dogmen akzeptieren.

Ich werde so bleiben und hoffe, dass noch viel mehr Mitglieder sich mutig einbringen, nicht um unsere Partei zu zerstören, sondern um sie die verschworene Gemeinschaft sein zu lassen, die nach Innen Vertrautheit sowie Halt bietet und nach Außen eine zuverlässige linke Partei ist..

Lasst uns inhaltlich streiten und lasst uns unsere Wurzeln wieder ausgraben, die da aus Widersprüchen Triebkräfte ableiten und nicht Zerstörung.

Barbara Drechsel

Gegen den Hass im Netz – Das Internet ist kein rechtsfreier Raum

Hass im Internet ist gefährlich und kann zu tödlicher Gewalt in der realen Welt führen. Einer Umfrage zufolge erlebten mehr als drei Viertel der in Deutschland lebenden Menschen schon einmal Hass im Netz. Sie werden beschimpft, beleidigt, verächtlich gemacht und sogar mit dem Tode bedroht.

Was sollte sich also ändern? Es ist nicht zeitgemäß, dass auf Hassreden immer noch keine ausreichenden Konsequenzen folgen. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität bzw. die Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ist nahezu wirkungslos, wenn die Umsetzung nicht funktioniert. Es beginnt damit, dass Gewalt im digitalen Raum vielfach nicht ernst genommen wird und Ermittlungen gegen Straftaten im Netz gar nicht erst aufgenommen werden – oder unendlich verschleppt werden. Die Täter können oft unerkannt und ohne jegliche Konsequenzen ihren Hass verbreiten.

Sie sehen das Internet als rechtsfreien Raum an, in dem sie sich –vermeintlich – ungestraft austoben. Zwar ist das Internet kein rechtsfreier Raum, aber lei-

der viel zu oft ein rechtsdurchsetzungsfreier Raum. Straftaten, die sich im Internet abspielen, sind nicht an ein Bundesland gebunden. Es bedarf hier einer bundesweiten Antwort. Das Internet ist eben kein Neuland mehr, und das sollte auch für die Justiz und für die Polizeibehörden langsam klar sein. Hasskommentare dürfen weder verharmlost noch länger hingenommen werden, geschweige denn als Kavaliersdelikt abgetan werden. Es müssen dringend mehr Mittel für Schulungen zur Verfügung gestellt werden, um den Hass und die Straftaten im Internet effektiv zu bekämpfen, so wie es auch die Kollegin von der SPD gerade angedeutet hat. Die Möglichkeiten für Onlineanzeigen müssen ausgebaut und besser zugänglich gemacht werden. Es muss möglich sein, auch anonym Anzeige zu erstatten. Opferberatungsstellen fordern das alles übrigens schon sehr lange.

Hasskommentare im Internet müssen von der Polizei und der Justiz genauso als reale Bedrohungen wahrgenommen werden wie Beleidigungen und Bedrohungen in der realen Welt.

Darüber hinaus müssen die Opfer von Hassrede viel besser geschützt werden. Es braucht eine bessere finanzielle Ausstattung der Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt.

Viele Täter rechter, rassistischer, antisemitischer und sexistischer Beleidigungen im Internet sind viel zu lange verschont geblieben. Daran muss sich dringend etwas ändern.

Clara Bünger

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge
 Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann
 Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung "DIE LINKE im Erzgebirgskreis"
 (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)
 Konto: DIE LINKE, Erzgebirge
 IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456
 Sitz des Kreisvorstandes:
 Kirchstraße 5 in 08280 Aue
 Tel: 03771 / 2 22 17
 Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
 Meinungen und Post an uns unter
redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
 Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.
 Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
 Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. September 2022

Mitgliederentscheid

Soll DIE LINKE das bedingungslose Grundeinkommen in ihre politische Programmatik aufnehmen?

In unserem Grundsatzprogramm, dem »Erfurter Programm«, haben wir uns klar gegen Sozialabbau und für einen Sozialstaat, der vor Armut schützt und Aufstiegsperspektiven schafft, positioniert. Unser Modell eines Sozialstaats ist zugleich für alle da, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Er soll immer vor Armut schützen und umfassende Teilhabe sichern. Diese Teilhabe ist Teil einer demokratischen Gesellschaft. Wir formulieren hier:

»... Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld mindestens aber eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen ...«

In diesem Mitgliederentscheid geht es nun darum zu entscheiden, ob diese Programmatik so bestehen bleiben oder aber durch eine ausdrückliche Aufnahme des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ergänzt werden soll und die Partei ein Konzept für ein solches BGE erarbeiten soll.

Diese Entscheidung, liebe Genossinnen und -Genossen, ist nunmehr in eure Hände gelegt.

Ich rufe Euch auf: Beteiligt Euch hieran! Denn:

DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei. Sie lebt von ihren aktiven Mitgliedern, durch sie erst kommt unsere Politik auf die Straße und zu den Menschen. Die Mitglieder spielen selbstverständlich auch bei der politischen Willensbildung in der Partei eine zentrale Rolle. Entweder vorwiegend indirekt, durch die Wahl von Delegierten für unsere Kreis-, Landes- oder Bundesparteitage, unsere höchsten Gremien. Oder ganz direkt bei Mitgliederentscheidungen. Hier kommt die Parteibasis direkt zu Wort, die Mitglieder und nicht Delegierte oder die Parteiführung entscheiden dabei wichtige Fragen, sei es inhaltlicher oder personeller Natur. Die Mitglieder müssen sich zu den anstehenden Entscheidungen eine Meinung bilden und das geht nur, wenn man sich gut informiert. Deswegen sind die inhaltliche Vorbereitung, die Diskussion über und die Beschäftigung mit einem Thema wichtig und immer auch ein Bildungsprozess, der nicht nur für die anstehende Entscheidung wichtig ist, sondern auch darüber hinaus wirksam ist. Denn das Wissen bleibt.

Diese Broschüre soll über das Anliegen des Mitgliederentscheids zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen informieren, die unterschiedlichen Positionen darstellen und Hinweise zum Weiterlesen geben, um sich tiefer über die Materie zu informieren. Außerdem enthält sie Hinweise zu den Grundlagen des Mitgliederentscheids und satzungsrechtlichen Bestimmungen.

Und was mir als Bundesgeschäftsführer besonders wichtig ist: Unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheides –, ob sich also die Mehrheit unserer Mitglieder explizit für ein BGE ausspricht oder aber unsere derzeitige Programmatik, die für einen starken Sozialstaat kämpft, aber die Frage des BGE ausdrücklich offen hält, ausspricht – wünsche ich mir, dass wir gestärkt aus diesem Mitgliederentscheid hervorgehen. Wir werden eine Frage von grundlegender Bedeutung entscheiden. Die Auseinandersetzung darüber hat uns alle klüger gemacht. Als demokratische Sozialist*innen wissen wir: Eine andere, solidarische Gesellschaft braucht ganz besonders auch eine andere Art des Wirtschaftens. Mit dieser Wertschöpfung eng verknüpft ist auch umfassende soziale Sicherheit. Wir streben eine Wirtschafts- und Sozialordnung an, in der nicht mehr der private Gewinn, sondern die breite demokratische Verfügung über die Ökonomie und das Soziale im Mittelpunkt steht. Deshalb ist die Frage, die ihr hier entscheidet, auch für uns Sozialist*innen eine grundsätzliche. Und das Ergebnis ist von allen Mitgliedern zu respektieren. Auf dieser Basis gehen wir geschlossen und entschlossen die anstehenden Aufgaben an.